

Bericht des Gemeinderats

Postulat Fraktion BDP/CVP (Michael Daphinoff, CVP/Martin Schneider, BDP): Fördermassnahmen für mehr Elektromobilität in Bern; (2018.SR.000022)

In der Stadtratssitzung vom 1. Februar 2018 wurde Punkt 3 des folgenden Postulats Fraktion BDP/CVP erheblich erklärt und in der Stadtratssitzung vom 6. Juni 2019 einer Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts bis 30. Juni 2020 zugestimmt. Zudem wurde beim Stadtrat eine zweite Fristverlängerung bis 30. Juni 2021 beantragt. Der letzte Fristverlängerungsantrag wurde im Stadtrat noch nicht behandelt:

Antrag

Der Gemeinderat wird aufgefordert, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, dass:

1. Elektrofahrzeuge Busspuren benutzen dürfen
2. Elektrofahrzeuge kostenlos auf öffentlichen Parkplätzen stehen dürfen und
3. Mittelstandsbetriebe, die ihre Lieferfahrzeuge auf Elektrofahrzeuge umstellen, städtische Parkkarten/Parkausweise für Gewerbebetriebe befristet auf fünf Jahre kostenlos erhalten.

Begründung

Um die Neuanmeldung von Elektrofahrzeugen – die Zukunft der Mobilität – stärker voranzutreiben, ist es notwendig, Anreize dafür zu schaffen, wie es Norwegen äusserst erfolgreich vorzeigt. Mit einem Massnahmenbündel, das die im Antrag enthaltenen Forderungen beinhaltet, gelang es dem skandinavischen Land, das bisher als Autoland nicht in Erscheinung trat, dem restlichen Europa den Weg hin zu mehr Elektromobilität zu zeigen.

In Norwegen gibt es, prozentual gesehen, die meisten Elektroautos in Europa. Und auch bei den Neuanmeldungen dieser Fahrzeuggattung führt das Land die Statistik an: Im November 2013 wurden 1434 Elektroautos neu angemeldet – das entspricht 11,9% aller Neuzulassungen in diesem Monat. Während in Norwegen bereits 17'000 Elektroautos auf den Strassen unterwegs sind, waren es 2013 in der Schweiz gerade einmal 2683 Elektroautos und 34'834 Hybrid-Autos – von insgesamt 6'091'563 Fahrzeugen.

Während sich der Bund noch schwer tut mit Massnahmen zur Förderung der Elektromobilität, kann die Stadt Bern einmal mehr ihre herausragende Rolle als innovative Metropole unter Beweis stellen.

Bern, 07. Mai 2015

Erstunterzeichnende: Michael Daphinoff, Martin Schneider

Mitunterzeichnende: Philip Kohli, Lionel Gaudy, Claudio Fischer, Pascal Rub, Matthias Stürmer, Lukas Gutzwiller

Bericht des Gemeinderats

Der Gemeinderat steht der Förderung der Elektromobilität positiv gegenüber. Langfristiges Ziel des Gemeinderats ist es nach wie vor, die Mobilität in der Stadt Bern stadtverträglich und klimaneutral zu gestalten. Dabei soll der Anteil umweltfreundlicher Verkehrsformen am Gesamtverkehrsaufkommen gesteigert und eine weitere Verlagerung des motorisierten Verkehrs auf den öffentlichen Verkehr sowie den Fuss- und Veloverkehr erreicht werden. Eine CO₂-arme, stadtverträgliche Mobilität ist für die Erreichung der Klimaziele, die der Gemeinderat in der Energie- und Klimastrategie festgeschrieben hat, unerlässlich. Die Strategie sieht vor, den Verbrauch fossiler Treibstoffe bis 2025 gegenüber 2008 um 45 % zu senken und ist hier auch auf Kurs. Bis 2035

sollen die Emissionen aus dem Mobilitätssektor um 76 % reduziert werden, wie es der Gemeinderat im Absenkepfad zum Klimareglement, das 2021 in Kraft treten soll, vorschlägt.

In den letzten Jahren fanden im Zusammenhang mit der Förderung der Elektromobilität regelmässig Gespräche zwischen der Stadt Bern und Energie Wasser Bern (ewb) statt. Bis April 2020 konnten in der Stadt Bern 25 öffentlich zugängliche Elektro-Ladestationen installiert werden. Insgesamt sechs stehen im öffentlichen Strassenraum, zwei davon auf Gebührenparkplätzen (P+R Europa-platz und Klösterlistutz) und vier in blauen Parkkartenzonen (Schwabstrasse, Huberstrasse, Hal-lerstrasse und Thormannstrasse).

Neben dem vorliegenden Geschäft sind noch drei andere, bereits überwiesene parlamentarische Vorstösse, welche die Förderung der Elektromobilität und den Ausbau der Ladeinfrastruktur zum Inhalt haben, hängig. Zu einem vierten Vorstoss liegt die Antwort des Gemeinderats vor, er wurde im Stadtrat aber noch nicht behandelt.

- Postulat Fraktion SP (Benno Frauchiger): Elektromobilität für alle – Anwohnerparkplätze mit Stromanschluss
- Postulat Fraktion SP/JUSO (Benno Frauchiger, SP): Elektroautos statt Benzinkutschen – auch für MieterInnen von Abstellplätzen
- Interfraktionelle Motion GLP/JGLP, BDP/CVP, SP/JUSO, GFL/EVP (Matthias Egli, GLP/Michael Daphinoff, CVP/Benno Frauchiger, SP/Franziska Grossenbacher, GB/ Matthias Stürmer, EVP): Elektroautos als Teil der Mobilität in Bern anerkennen und geeignete Anreize schaffen
- Interfraktionelle Motion BDP/CVP, GLP/JGLP (Michael Daphinoff, CVP/Lionel Gaudy, BDP/ Matthias Egli, GLP): Förderbeitrag für Ladestationen

Für die Erfüllung der überwiesenen *Interfraktionellen Motion GLP/JGLP, BDP/CVP, SP/JUSO, GFL/EVP (Matthias Egli, GLP/Michael Daphinoff, CVP/Benno Frauchiger, SP/Franziska Grossenbacher, GB/ Matthias Stürmer, EVP): Elektroautos als Teil der Mobilität in Bern anerkennen und geeignete Anreize schaffen* hat der Gemeinderat eine Fristverlängerung bis Mitte 2023 beantragt.

Die Antwort des Gemeinderats zur *Interfraktionelle Motion BDP/CVP, GLP/JGLP (Michael Daphinoff, CVP/Lionel Gaudy, BDP/Matthias Egli, GLP): Förderbeitrag für Ladestationen* wurde im Stadtrat noch nicht behandelt. Die Prüfungsberichte zu den drei Postulaten liegen nun per Ende Juni 2021 vor. Da die drei Postulate mit den Motionen zusammenhängen, macht es Sinn, diese Geschäfte inhaltlich und terminlich aufeinander abzustimmen und dem Stadtrat gleichzeitig vorzulegen.

Zu Punkt 3:

Aufgrund der aktuellen Finanzlage der Stadt Bern hat der Gemeinderat im Sommer 2020 das Projekt Finanzierungs- und Investitionsprogramm (FIT II) mit dem Ziel gestartet, den städtischen Finanzhaushalt ab 2022 wiederkehrend um 35 Mio. Franken und ab 2023 um 45 Mio. Franken zu entlasten. Die Stadt Bern verfügt im Quervergleich zu vergleichbaren Städten in gewissen Bereichen über deutlich günstigere Anwohnerparkkarten, so dass im Bereich der Parkkarten Mehreinnahmen von ca. 1.8 Mio. Franken geplant sind. Die Erhöhung der Gebühren soll mittels einer Revision des Reglements vom 21. Mai 2000 über die Gebührenerhebung durch die Stadtverwaltung Bern (Gebührenreglement; GebR; SSSB 154.11), erfolgen. Die Forderung der Postulanten hätte genau das Gegenteil zur Folge, nämlich hohe Mindereinnahmen, was sich die Stadt Bern zum jetzigen Zeitpunkt nicht leisten kann.

Die konkrete Forderung der Postulanten, dass Mittelstandsbetriebe, die ihre Lieferfahrzeuge auf Elektrofahrzeuge umstellen, städtische Parkkarten/Parkausweise für Gewerbebetriebe befristet auf fünf Jahre kostenlos erhalten sollen, wirft Fragen auf und wäre schwierig umsetzbar. So stellt sich

beispielsweise die Frage, weshalb nur Mittelstandsbetriebe von den kostenlosen Parkkarten profitieren könnten und nicht alle Betriebe. Auch ist unklar, woher die Information eingeholt werden könnte, ob es sich jeweils um einen Mittelstandsbetrieb handelt oder nicht. Gerade bei Tagesparkkarten wäre der Aufwand unverhältnismässig hoch. Das Bundesamt für Statistik BFS unterscheidet auf seiner Homepage¹ zwischen Mikrounternehmen, kleinen, mittleren und grossen Unternehmen, wobei die Anzahl Beschäftigte ausschlaggebend ist. Eine Anfrage beim BFS hat ergeben, dass das BFS dem Statistikgeheimnis unterstellt ist und die zu statistischen Zwecken erhobenen oder weitergegebenen Daten nicht zu anderen Zwecken verwendet werden dürfen, ausser wenn ein Bundesgesetz eine andere Verwendung ausdrücklich anordnet oder die bzw. der Betroffene einer solchen schriftlich zustimmt. Das bedeutet ein Verwendungsverbot der Daten des BFS für Verwaltungs-, Kontroll- oder Aufsichtshandlungen.

Auch erschliesst sich dem Gemeinderat nicht, was mit «Lieferfahrzeuge der Gewerbebetriebe» gemeint ist bzw. welche Fälle und Parkkarten es genau betreffen würde. So gibt es beispielsweise Betriebe mit Lieferbereitschaft, welche ohnehin keine Parkkarte benötigen (Ein- und Ausladen von Gütern). Im Weiteren wird zwischen Handwerkerparkkarten und Gewerbeparkkarten unterschieden. Auch hier stellt sich die Frage, ob lediglich die Gewerbeparkkarten gemeint sind oder auch die Handwerkerparkkarten. Aufgrund der unklaren Sachlage, des unverhältnismässigen Aufwands, der entstehen würde und der finanziellen Lage, sieht der Gemeinderat davon ab, diese Forderung weiterzuverfolgen. Der Gemeinderat möchte aber anmerken, dass geplant ist, dass bei der im Rahmen von FIT II beschlossenen Erhöhung der Anwohnerparkkarten ökologische Aspekte – namentlich auch e-Fahrzeuge – im Rahmen von abgestuften Tarifen berücksichtigt werden sollen. Der Gemeinderat möchte zudem betonen, dass er nach wie vor bereit und willens ist, die Elektromobilität zu fördern, dafür aber andere Wege einschlägt. Im Bereich des Wirtschaftsverkehrs hat der Gemeinderat in Zusammenarbeit mit Partnern aus der Logistikbranche und Wirtschaftsvertretern ein Konzept für eine umweltfreundliche und stadtverträgliche Logistik erarbeitet. Das «Konzept Stadtlogistik Bern» liegt vor, die Umsetzung wird vom Amt für Umweltschutz in enger Zusammenarbeit mit der Verkehrsplanung geleitet. Mit der Einberufung einer Güterverkehrsrunde, zu der Vertreterinnen und Vertreter von Wirtschaftsverbänden, Unternehmen und Dienstleistungsbetrieben eingeladen wurden, ist bereits ein wichtiger Meilenstein umgesetzt. Ziel der Güterverkehrsrunde ist es, gemeinsame Lösungen auszuarbeiten, die zu einer stadtverträglichen, fossilfreien Logistik führen.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Aufgrund der unklaren Sachlage und der fehlenden statistischen Erhebungen (z.B. Anzahl Mittelstandsbetriebe, Anzahl Elektroautos etc.) ist es nicht möglich, die Folgen für das Personal und die Finanzen abzuschätzen. Der finanzielle wie auch personelle Aufwand dürfte aber unverhältnismässig hoch ausfallen.

Bern, 18. August 2021

Der Gemeinderat

¹ vgl. unter <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/industrie-dienstleistungen/unternehmen-beschaefigte/wirtschaftsstruktur-unternehmen/kmu.html>